



**CDU**

*Ihr Kurier des Ortsverbandes Langenhagen!  
im November, Ausgabe 104*

**Von Finanzkrise scheinbar keine Spur – Langenhagen ohne „Plan B“?**

In diesen Tagen führen die Ratsfraktionen ihre jährliche Haushaltsdiskussion. Ein Jahr liegt hinter Langenhagen, das unerwartet gute Gewerbesteuererlöse gebracht hat. Das hat den Landtagsabgeordneten Brunotte sogar zu der Aussage verleitet: „Wir schwimmen im Geld“. Bevor es mit dem Schwimmen im anderen Sinne richtig losgeht, könnte die Stadt noch in schweres Wetter geraten. Die Finanzkrise lässt jedenfalls auch für Langenhagen nichts Gutes erwarten. Direkte Vorsorge dagegen beabsichtigt die rot-grüne Mehrheit bisher freilich nicht. Der Haushalt, der gewiss schon weit vor den amerikanischen Bankenpleiten erstellt wurde, wird dort als nicht weiter veränderungswürdig angesehen. Auch, dass der Städtetag Gewerbesteuererlöse von durchschnittlich 4 % prognostiziert, tangiert die Haushälter der Stadt nicht. Irgendwelche Reaktionen auf die Finanzkrise sind auf der Ausgabenseite nicht festzustellen. Dabei wäre es sinnvoll, schon jetzt ein wenig „abzuspecken“, damit die Einschnitte nicht ganz so schmerzhaft werden, falls das Geld doch noch knapp werden sollte. Denn die Gefahr, dass dies geschieht, ist angesichts des Langenhagener Schwerpunktes Logistik nicht gering. Seltsam erscheint es jedenfalls, dass sogar die Stadt Hannover ihren Haushalt umschreibt und ernsthaft sparen will, aber in Langenhagen, laut

Rathaus, nichts möglich und auch nichts nötig ist. Man beruhigt sich anscheinend damit, dass hier keine Banken und Versicherungen ansässig sind. Wenn das reicht! Die CDU wird den Finger weiter in diese Wunde legen.

Abgesehen davon wird auch das hohe Niveau, auf dem in dieser Stadt Maßnahmen geplant und umgesetzt werden, sowie Personal vorgehalten wird, im Brennpunkt unserer Kritik bleiben. Auch hier bewegt sich auf rot-grüner Seite nichts - ganz im Gegenteil. Lieber werden Designer-Spielplätze initiiert, als dass man flächendeckend eine solide Grundversorgung der Kinder gewährleistet und sich öfter mal auf simple Reparaturen beschränkt.

Natürlich hat auch die Opposition ihre Wün-

ren, sondern lieber regieren will. Sie lässt die CDU durch ihre Führung gegenwärtig spüren, dass sie Kommunalpolitik in Langenhagen allzu oft nicht als Sacharbeit im konstruktiv-streitigen Dialog begreift, sondern als kompromissloses Durchsetzen eigener Ziele. Der Idealzustand ist in dieser Sichtweise anscheinend erreicht, wenn hinter verschlossenen Türen betonfeste Beschlüsse gefasst werden, die in den Ratsgremien nur noch abzunicken und durchzuwinken sind.

Wie gut, dass das nicht immer funktioniert: siehe Landesgartenschau. Mit ihr ist Langenhagen ein dicker Klotz am Bein erspart worden. Warum mussten aber erst die Bürgerinnen und Bürger das Stopp-Schild setzen, und warum wurden vorher noch erschreckend teure „Machbarkeitsstudien“ in die Welt gesetzt? Sollten die Zeiten allgemein so hart werden, wie sich das jetzt andeutet, könnte die Stadt mit dieser Politik des Ausblendens und Ignorierens in große Schwierigkeiten kommen. Umso wichtiger ist die CDU als Opposition mit Biss.

Ihr

**Eckart Jakob**

**Hinweis**

Frau Brüning bat im Rahmen unseres Grünekohlessens auf das Informationsangebot „Heute in Berlin“ Ihres Abgeordnetenbüros im Kurier hinzuweisen.

Es ermöglicht den Mitgliedern ihres E-Mail-Verteilers, z.T. in interaktiver Form aktuelle politische Geschehnisse und Entscheidungen nachvollziehen zu können. Dies fördert die bereits jetzt große Transparenz der Arbeit von Frau Brüning.

Wer Interesse an diesem Angebot hat, ist herzlich aufgefordert, eine kurze Mail ([monika.brueining@bundestag.de](mailto:monika.brueining@bundestag.de)) an das Büro unserer Abgeordneten zu senden. (mz)

sche, und die sind auch nicht umsonst. Bei allem bleibt die Sorge, alle Zahlen könnten recht bald Makulatur werden. Den Eindruck, dass Langenhagen in diesem Fall gut aufgestellt ist, hat die rot-grüne Mehrheit bisher nicht vermitteln können, auch wenn gerade die Grünen - im Gegensatz zur SPD - in den Ausschussdiskussionen immer mal kritisch nachzufragen wissen. Das bleibt aber in der Regel folgenlos.

Weil die SPD schließlich nicht groß debattie-

**Dezember- Stammtisch**

Der nächste Stammtisch wird am **Donnerstag, den 11.12.** stattfinden. Gast ist der neue Bundestagskandidat, Herr **Sebastian Lechner**. Es wird um eine Anmeldung an Herrn Jakob unter [eckartjakob@aol.com](mailto:eckartjakob@aol.com) oder 0511/1693970 gebeten. (mz)

## 9. November oder 3. Oktober

Die Deutschen tun sich schwer mit ihrem Nationalfeiertag. Andere Völker feiern dagegen ganz ungeniert, fröhlich und unverklemmt, auch wenn es sich – wie im Falle Frankreichs – um ein blutiges Gedenkereignis handelt (Erstürmung der Bastille). Aus Sachsen kam 1990 in der Volkskammer der Vorschlag, den 9. Oktober als Tag der friedlicherfolgreichen Montagsdemo der 70 000 in Leipzig 1989 zum Nationalfeiertag zu erheben. Der Vorschlag wurde aber von der Volkskammer abgelehnt mit dem Argument: einen 41. Jahrestag der DDR (7. Oktober) wollen wir nicht mehr erleben.

Helmut Kohl konnte nur eine Empfehlung für das Datum eines Nationalfeiertages aussprechen. Er hielt den Monat November stimmungs- und witterungsmäßig für völlig ungeeignet.

Gewiss, am 9. November 1989 fiel die Mauer in Berlin. Ein hochemotionales Ereignis. Und politisch überraschend - unerwartet dazu. Am 9. November 1938 fand aber auch die „Reichskristallnacht“ statt. Hitler putschte und marschierte am 9. November 1923 zur Feldherrenhalle in München. Am 9. November 1918 riefen Philipp Scheidemann vom Reichstag die Republik und Karl Liebknecht vom Berliner Schloss die „freie Sozialistische Republik“ aus. Lauter bedeutungsschwere Ereignisse. An diesem Datum hätten also sehr gegensätzliche Gedenkfeiern stattfinden können.

Es bedarf eines erfreulichen Hintergrundes für einen Nationalfeiertag. Man wird es emotional nur schwer verkraften, an einem Tag an einer Beerdigung und an einer Hochzeit teilzunehmen. Heute wie damals hatte man – besonders in der alten Bundesrepublik – weitgehend

verdrängt, dass beide deutschen Staaten nicht souverän waren und unter Kuratel der Siegermächte des 2. Weltkrieges standen. Die beiden deutschen Staaten konnten sich somit gar nicht aus eigener Machtvollkommenheit vereinen. Obendrein wollten auch die Nachbarn mitreden. Nur Spanien und Irland waren für die Wiedervereinigung. Der 2. Weltkrieg hätte somit erst mit einer Friedenskonferenz aller kriegsbeteiligten Staaten abschließen können. Das wäre eine Mammutkonferenz mit der Einladung zu immensen finanziellen Forderungen an Deutschland geworden. Das musste verhindert werden. Zum Glück für Deutschland verständigten sich Bush sen. und Gorbatschow auf die Idee „Zwei plus Vier“. Damit aber die auch ins Abschlussgeschäft drängenden Nachbarstaaten in gewisser Weise mitreden konnten, wurde vereinbart, den „Zwei plus Vier-Vertrag“ noch vor der deutschen Vereinigung der KSZE vorzustellen. Dort beschlossen dann auch die Siegermächte am 1. Oktober 1990, dass die Deutschen sich vor der Ratifizierung des Vertrages durch die Parlamente der Siegermächte vereinen dürfen. Am 2. Oktober reisten die deutschen Politiker zurück. Somit war der 3. Oktober der frühestmögliche Termin für den einvernehmlichen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Ostberliner Politiker mussten sich auch seltsame Bemerkungen westdeutscher linker Politiker anhören von der Art, ob die DDR sich nicht an Polen anschließen wolle. Peinlich. Immerhin lebt Deutschland erstmals in seiner Geschichte in gesicherten Grenzen. 1990 wurde auch beschlossen, den Tag der deutschen Einheit reihum in den 16 Bundesländern auszurichten. Damit ist man inzwischen einmal „rum“. Der Einheits-Feier-Reisezirkus könnte nun durch eine zentrale Feier in Berlin abgelöst werden. Unabhängig davon solle der Tag in allen Landeshauptstädten feierlich und fröhlich begangen werden. Jedes Jahr. Wir sind kein Staatenbund, sondern ein Bundesstaat.

Es bleibt das Verdienst der CDU/CSU und Helmut Kohls an der Zielstellung der Einheit Deutschlands all die Jahre hindurch festgehalten zu haben. Im Kontrast dazu sei an einige Äußerungen noch heute lebender Politiker erinnert, die ihrerseits sich nur ungern an ihre damalige Fehleinschätzung erinnern.

Egon Bahr/SPD: „Lasst uns um alles in der Welt aufhören, von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen!“ (13.12.1988)

Gerhard Schröder / SPD: „Nach vierzig Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen der Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht. Und es gibt wichtigere Fragen der deutschen Politik in Europa.“ (12.6.1989)

Oskar Lafontaine (damals stellvertretender SPD-Vorsitzender): „Welch ein historischer Schwachsinn!“ (18.12.1989 auf dem Berliner SPD-Bundesparteitag zur Idee eines wiedervereinigten Deutschlands im Rahmen der NATO.)

Joschka Fischer / Grüne: „Wir sollten das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel des Grundgesetzes streichen.“ (29.7.1989)

Claudia Roth / Grüne marschierte 1990 über den Römer in Frankfurt/M. hinter dem Plakat her: „Nie wieder Deutschland!“ Die Ministerpräsidenten Schröder und Lafontaine haben den Einigungsvertrag nicht unterschrieben.

Die von den 68ern und anderen betriebene Entnationalisierung der deutschen Geschichte wurde einmal durch den Geschichtsverlauf widerlegt und zum anderen ein Beitrag für die vielen Missverständnisse beim Umgang mit den „Ossis“ und deren nationalem Selbstverständnis. Bei der Fußball-WM hat dann der deutsche Normalbürger mit der Deutschlandfahne in der Hand diese Anti-Deutschland-Haltung ignoriert und korrigiert.

Der 9. November ist zwar ein bedeutungsschwerer Erinnerungstag, aber der 3. Oktober der fröhlich und dankbar zu begehende Nationalfeiertag.

**Dr. Martin Hohmann**

## Der Badneubau in Langenhagen: „Eine unendliche Geschichte“?

Ein aktueller Bericht in der Vinn-Post, der Stadtteilzeitung unseres Nachbarn im Südwesten, macht das Dilemma um den Badneubau deutlich. Aus diesem Grund möchte ich ihn hier auch in Auszügen zitieren:

„Das Ungeheure scheint unvermeidbar: Das funktionsfähige, technisch einwandfreie, wirtschaftlich arbeitende und beliebte Hallenfreibad Godshorn soll nach dem Willen der Langenhagener Rathauspolitiker einem neuen Schwimmbad weichen.

Mit einem Gesamtverlust von zirka neun (!) Millionen Euro, die sich aus den Ausgleichszahlungen an die Landeshauptstadt Hannover, den verlorenen Planungskosten des ehemaligen La20 und dem aktuellen Gebäude- und Inventarwert

ergeben. Hinzu kommen die Kosten für ein neues 30 Millionen Euro teures Hallenbad!

Seit Planung des La20 war der Abriss des Hallenfreibads Godshorn geplant. Trotzdem wurden seitdem ca. 2 Mio. in das Hallenfreibad Godshorn investiert, was zu dem eben genannten Verlustkomplex noch hinzuzurechnen ist.“

Na sauber, was soll man dazu – in Unkenntnis aller Fakten – noch sagen?

Zahlen, in jeder beliebigen Form, wurden seit Start dieses Projektes in 2002 verdreht, gebogen, gedehnt. Man hat ihnen misstraut, man hat sie missbraucht, je nachdem, was man erreichen wollte. Und dabei hat sich Keiner mit Ruhm bekleckert. Auch nicht der Schreiberling des Vinnpost Artikels – gründliche Recherche

sieht definitiv anders aus. Verwechselt er oder sie doch Investition mit Aufwand, Kosten mit Ausgaben und Fiktion mit Realität.

Richtig ist jedoch in jedem Fall: Wir haben rund 3 Millionen Euro ausgegeben und stehen nun mit einem Bad weniger da, als zu Beginn der Diskussionen um einen Badneubau. Vergessen wird bei der Diskussion gern, dass es eigentlich um einen Haushaltskonsolidierungsvorschlag ging. Es war kein Geld mehr da, und aus diesem Grund wollte man zwei alte, ausgabeintensive Bäder schließen und ein neues, wirtschaftlicheres bauen. Als jedoch das erste Bad in der Kernstadt abgerissen war, entdeckten einige Bürgerinnen und Bürger ihre neu geborene Finanzverantwortung und rechneten nach, dass der Bau und Betrieb eines neuen Bades unwirtschaftlicher sei, als der Weiterbetrieb des Godshorner Bades – ein einfaches Unterfangen, da man dem neuen Bad Kosten anlasteten konnte, die natürlich bei dem bestehenden Bad nicht anfielen. So waren bei dem Badneubau jährlich hohe 6-stellige Abschreibungen „zu entrichten“ und nicht zuletzt schlugen Zins und Tilgung in ganz anderen Dimensionen zu Buche, als für eine Sanierung des Godshorner Bades. Dass im Gegenzug natürlich auch andere Werte geschaffen werden sollten, fiel dabei leider unter den Tisch. Eine geschickte Rechnung, wenn da nicht die 3 Millionen gewesen wären, die bis dahin schon auf der Ausgabenseite standen – die wurden jedoch einfach angezweifelt und schon stimmte das Ergebnis wieder – heute sind wir schlauer!

Die Wirtschaftlichkeitsdiskussion erwartet nun die Ratspolitiker erneut. Es sei denn, wir bauen das neue Bad als Anbau an das bestehende Freibad in Godshorn. Diese Lösung wird zumindest derzeit von den Befürwortern als wirtschaftlichste Variante dargestellt. Rein wirtschaftlich betrachtet gibt es aber eigentlich nur eine Option – die Schließung des Bades ohne Neubau. Denn bereits heute subventioniert die Stadt Langenhagen jeden Besucher mit mehr als 4,- € . Und fast zwei Drittel der Besucher kommen dabei noch nicht einmal aus Langenhagen. Rund 440.000,- € von den 735.000,- € die der Betrieb derzeit kostet, kommen also gar nicht bei Langenhagener Bürgerinnen und Bürgern an.

Unabhängig davon ist und bleibt Schwimmen ein Zuschussgeschäft, egal wie weit wir die Zahlen erneut dehnen und biegen. Allerdings

ist dieser Zuschuss ein Beitrag zur Daseinsfürsorge, wie auch der Betrieb einer VHS oder einer Bibliothek. Und zu diesem Thema gibt es einen Beschluss, dass wir uns diese Daseinsfürsorge Schwimmbad leisten wollen. „Wo“ diese Fürsorge geleistet werden soll, wird gerade diskutiert und leider werden wir – davon bin ich überzeugt – in diesem Punkt keinen Konsens erzielen. In welcher Form wir die Fürsorge leisten wollen, das heißt, welches Angebot müssen, oder wollen wir für Langenhagener Bürgerinnen und Bürger bieten, wird im Anschluss hieran im nächsten Jahr diskutiert.

Die CDU-Fraktion wird auch weiterhin über das Vorgehen und die Ergebnisse auf der Internetseite

[www.schwimmbad11.de](http://www.schwimmbad11.de) berichten, auf der Sie natürlich auch alles Wissenswerte über die bisherigen Schritte nachlesen können.

Die Überschrift dort lautet übrigens „Information statt Konfrontation“, und so möchte ich persönlich es auch verstanden wissen. Kommen Sie auf die CDU-Fraktion zu, kommen Sie auf mich zu, wenn Sie Fragen haben oder auch Kritik oder Anregungen loswerden wollen. Wir werden versuchen, fehlende Informationen zu beschaffen und Kritik und Anregungen umzusetzen.

In diesem Sinne und auch wenn zu befürchten steht, dass auf dem Weg zum neuen Bad noch viele scharfkantige Steine liegen, wünsche ich mir ein baldiges Ende unserer „unendliche Geschichte“.

**Mirko Heuer, Fraktionsvorsitzender**

## **Sebastian Lechner neuer Direktkandidat**

Für viele saß der Stachel tief, und das nicht ausschließlich für die Betroffene selbst. Monika Brüning, seit zwei Legislaturperioden Mitglied des Deutschen Bundestages, musste sich mit Sebastian Lechner ihrem Gegenkandidaten geschlagen geben. Nicht nur viele Mitglieder, auch eine beachtliche Zahl an Bürgerinnen und Bürgern reagierten enttäuscht und verbittert auf dieses Ergebnis, mit dem vielerorts jedoch bereits insgeheim gerechnet wurde.

Monika Brüning hinterlässt ein schweres Erbe. Wie kaum jemand neben ihr, besaß und besitzt sie die Fähigkeit, auf Menschen zuzugehen und ihnen „die große Politik“ hinunterzubringen auf die Belange des Einzelnen. Wie kaum jemand neben ihr, verfolgte und verfolgt sie die Absicht, alle Ortsverbände und Vereinigungen zu besuchen und dort Bericht über ihre Arbeit in Berlin abzuhalten. Sie war und ist eine Frau des Volkes.

Dennoch hat es Sebastian Lechner geschafft, die Wahl zum Direktkandidaten für sich zu entscheiden. Den zahlreichen Pressemeldungen war zwar zu entnehmen, dass eine Einflussnahme Dritter wohl nicht von der Hand zu weisen ist, doch sind Wie und Warum mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl keine Fragen, die zukunftsweisend sind. Selbstverständlich lässt es sich über das Verfahren, wie mit einer äußerst verdienten Abgeordneten umgegangen worden ist, triftig streiten – und dies muss und ist auch bereits geschehen. Eine Aufarbeitung ist mit Sicherheit unumgänglich. Doch wird zunächst etwas anderes im Vordergrund stehen: Der Wahlkampf für unsere Partei und damit auch für Sebastian

Lechner, der durch die bisherige Berichterstattung alles andere als einen leichten Start im Wahlkreis haben wird. Das Ziel, 2009 gemeinsam mit den Liberalen zu koalieren, muss auch für unseren Wahlkreis gelten und muss auch in unserem Wahlkreis verfolgt werden, sodass auch in Langenhagen für einen Zuwachs der Erst- und Zweitstimmen gekämpft werden sollte.

Monika Brüning ist für ihre Arbeit von Herzen zu danken. Sie hatte für unseren Ortsverband stets ein offenes Ohr und hat ihn hervorragend vertreten. Sebastian Lechner wird sich daran messen lassen müssen – aber wir müssen ihm auch die Chance dazu bieten.

**Marco Zacharias**

## **Impressum**

**V.i.S.d.P.:** CDU-OV Langenhagen

**Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Dr. Martin Hohmann, Dr. Eckart Jakob, Mirko Heuer, Marco Zacharias

**Satz u. Layout:** Marco Zacharias

**Gerne veröffentlichen wir Ihre Beiträge.**

*Mail an:*

*marco.zacharias@htp-tel.de*

## **Zu guter Letzt**

*In jede hohe Freude mischt sich  
eine Empfindung der Dankbarkeit.*

*Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)*

Der Ortsverbandsvorstand wünscht Ihnen eine geruhssame Advents- und Weihnachtszeit.

Der nächste Kurier erscheint im Januar.

**Dr. Eckart Jakob**

**Marco Zacharias**